

# Österreich

Katrin Auel/Johannes Pollak

Im vergangenen Jahr prägten die österreichische EU-Ratspräsidentschaft und die beginnende Umsetzung der Reformagenda der Koalitionsregierung zwischen der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei (FPÖ) die Politik Österreichs. Dies wurde zunehmend von Skandalen überschattet. Negativer Höhepunkt war der sogenannte Ibiza-Skandal: Am 17. Mai 2018 veröffentlichte Videomitschnitte zeigten Vizekanzler Heinz-Christian Strache und Klubobmann Johann Gudenus in Gesprächen mit einer angeblichen russischen Investorin, in denen Möglichkeiten erörtert wurden, die öffentliche Auftragsvergabe Österreichs zu manipulieren und unangenehme Medien zu unterdrücken. In Folge traten Strache und Gudenus von allen Ämtern zurück und die Regierung Kurz verlor das Vertrauen des Parlaments.

## Innen- und Wirtschaftspolitik

Zuletzt verzeichnete Österreich eine stabile Konjunktur: Zwar schwächte das Wachstum im ersten Quartal 2019 etwas ab, die Binnenwirtschaft entwickelte sich jedoch robust, die Inflation ist weiter mäßig.<sup>1</sup> Prognosen zeigen eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Jahresdurchschnitt 2019 auf 1,7 Prozent (von 2,7 Prozent im Jahr 2018) und eine Erhöhung im Jahr 2020 auf etwa 1,8 Prozent.<sup>2</sup> Das Wirtschaftswachstum im Jahr 2018 hat die Arbeitslosenzahlen in Österreich deutlich reduziert. Die Arbeitslosenquote sank um 0,8 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent. Damit lag sie zwar immer noch deutlich über dem Niveau vor der Finanzkrise (2008: 5,9 Prozent), sinkt aber seit 2017 kontinuierlich.

Bundeskanzler Sebastian Kurz trat zu den Nationalratswahlen im Oktober 2017 mit weitreichenden Reformversprechen an, darunter Arbeitszeitflexibilisierung, effizientes Migrationsmanagement, Reform des Krankenkassensystems sowie eine Steuerreform. Am 5. Juli 2018 verabschiedete das Parlament unter Führung der Regierungsparteien ÖVP und FPÖ sowie der liberalen Oppositionspartei „Das Neue Österreich und Liberales Forum“ (NEOS) das neue Arbeitszeitgesetz, das 12-Stunden-Tage und 60-Stunden-Wochen gesetzlich etabliert. Von den Oppositionsparteien als symptomatisch für die Regierung Kurz kritisiert wurde die Einbringung der Vorhaben als Initiativantrag ohne Begutachtung.

Am 14. September 2018 beschloss die Regierung eine Reform zur Fusion der Krankenkassen, mit der über mehrere Jahre hinweg eine Mrd. Euro eingespart werden soll. 21 Sozialversicherungen werden nunmehr ab 1. Januar 2020 auf fünf reduziert. Die Details der Einsparungseffekte wurden Öffentlichkeit und Opposition vorenthalten. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) brachte im März 2019 eine Verfassungsklage gegen

---

1 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung: WIFO-Konjunkturportal, abrufbar unter: <http://konjunktur.wifo.ac.at/> (letzter Zugriff: 18.7.2019).

2 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung: Prognose für 2019 und 2020: Abschwächung der Weltkonjunktur dämpft Wachstum in Österreich, Juli 2019, abrufbar unter: <http://konjunktur.wifo.ac.at/index.php?id=78> (letzter Zugriff: 18.7.2019).

die Kassenfusion ein, da sie gegen das Prinzip der Selbstverwaltung verstoße. Eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes steht noch aus.

Im September 2018 begann die Debatte zur Mindestsicherung und zur Sicherung der Pensionen. Die Anhebung des Pensionsantrittsalters um ein Jahr würde laut Regierung Einsparungen von einer Mrd. Euro bringen. Vom gesetzlichen Pensionsantrittsalter (65 Jahre bei Männern und 60 Jahre für Frauen) sind insbesondere Männer (aktueller Durchschnitt: 61,3 Jahre) weit entfernt. Obwohl ein Drittel der Bezieher der Mindestsicherung Kinder sind, drehte sich die Debatte um den vermeintlich unrechtmäßigen Bezug durch Zuwanderer. Dass die tatsächlichen Bezugszahlen wenig Grund für eine solche Interpretation lieferten, hatte wenig Einfluss auf die von der FPÖ geprägte xenophobe Tonalität der Debatte.<sup>3</sup> Im März 2019 wurde im Nationalrat das von FPÖ und ÖVP vorgelegte Sozialhilfe-Grundgesetz diskutiert. Die bundesweite Harmonisierung der Leistungen, die stärkere Integration in den Arbeitsmarkt sowie ein restriktiverer Zugang zur Sozialhilfe für neu Zugewanderte standen im Mittelpunkt. Während die Opposition vor einer massiven Kürzung der Sozialleistungen und Kinderarbeit warnte, verteidigte die Regierungskoalition die Vorlage mit Verweis auf mehr Gerechtigkeit. Die Vorlage wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.<sup>4</sup>

Im April und Mai 2019 stellte die Regierung eine Steuerreform vor. Wie in den Jahren zuvor war das Ziel, die Abgabenquote zu senken, keine neuen Steuern zu erheben und die Gewinnsteuer für Unternehmen zu reduzieren. Die Umsetzung wurde in Jahresschritten bis zum Jahr 2022 geplant. Die Gegenfinanzierung dieser Reform wurde ebenso wie die angekündigte Ökologisierung des Steuersystems nicht veröffentlicht.

Im vergangenen Jahr fanden insgesamt drei Volksbegehren statt, dabei erzielte das Volksbegehren „Österreichischer Rundfunk (ORF) ohne Zwangsgebühren“ 320.239 Stimmen. Am 24. April 2019 beschloss der Nationalrat, keinerlei Änderung am Rundfunkgesetz vorzunehmen. Zwar bekannten sich alle Parteien zu einem unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, allerdings erhielt der Entschließungsantrag der SPÖ zur Beibehaltung der ORF-Gebühren keine Mehrheit. Angesichts der anhaltenden Angriffe der Regierungsparteien auf den ORF, beispielsweise die Kritik des Innenministers Kickl am ORF-Journalisten Armin Wolf, mutet das Bekenntnis zu einem unabhängigen ORF seltsam an.<sup>5</sup>

### **Die Regierungs(un)fähigkeit der FPÖ**

Dass Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) Asyl-Aufnahmestellen in „Ausreisezentren“ umbenannte, Flüchtlinge „konzentriert“ an einem Ort halten wollte<sup>6</sup> und die Nennung der Herkunft von Verdächtigen in den Medien sowie eine „neutrale oder positive“ Berichterstattung über Polizei und Politik forderte,<sup>7</sup> ging in der darauf folgenden Razzia im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) fast unter. Dass in einer der Geheimhaltung unterliegenden Behörde eine polizeiliche Razzia durchgeführt wird (das

---

3 Martina Madner: Daten, die Mythen zur Mindestsicherung entkräften, in: Wiener Zeitung, 6.9.2018.

4 Nationalrat: Erste parlamentarische Debatte über Mindestsicherung Neu, Parlamentskorrespondenz Nr. 303 vom 27.3.2019.

5 Rose Schmidt-Vierthaler: Solidarität und die Kirche im Dorf: Armin Wolf und die Medien, in: Die Presse, 2.5.2019.

6 Irene Brickner/Steffen Arora: Asylbewerber „konzentriert“ halten: Die Sager der FPÖ, in: Der Standard, 12.1.2019; Lara Hagen: Kickl will Flüchtlinge „konzentriert“ an einem Ort halten, in: Der Standard, 11.1.2019.

7 Die Presse: Innenministerium will Informationssperre für „kritische Medien“, 24.9.2018.

Oberlandesgericht Wien erklärte dies später als größtenteils unzulässig), hat Österreichs Stellung in der Zusammenarbeit westlicher Extremismusbekämpfung nicht befördert.

Im April 2019 wurde über die Verbindung zwischen FPÖ-Mitgliedern und der rechtsextremen Organisation „Identitäre Bewegung Österreich“ berichtet.<sup>8</sup> Bundeskanzler Kurz forderte von der FPÖ eine klare Distanzierung. Selbiges unternahm Vizekanzler Strache bei einer Rede vor FPÖ-Delegierten in Oberösterreich, revidierte es indes wenig später im Europawahlkampf mit einer Rede zum „Bevölkerungsaustausch“<sup>9</sup>. In diesem Klima veröffentlichte Christian Schilcher (FPÖ), Vize-Bürgermeister von Braunau, am 23. April 2019 ein ausländerfeindliches „Rattengedicht“<sup>10</sup>, in dem er Migranten und Religionen verunglimpft. Auf Druck der eigenen Partei trat er im Anschluss zurück.

Die FPÖ bezeichnete derartige Vorfälle immer wieder als Einzelfälle. Glaubwürdig ist diese Einschätzung aufgrund der Menge und der Protagonisten nicht. Vielmehr kann man darin die mangelnde Distanzierung, vor allem aber das mangelnde Geschichts- und Verantwortungsbewusstsein der Partei erkennen. Unbestreitbarer negativer Höhepunkt der politischen Geschichte der Republik Österreich war die „Ibiza-Affäre“, in der Vizekanzler Strache und Nationalratsabgeordneter und Klubobmann Gudenus ihre Bereitschaft zur Korruption ungeniert zeigten. Nach Bekanntwerden des Videos am 17. Mai 2019 verkündeten die beiden am folgenden Tag ihren Rücktritt. Am selben Tag erklärte Bundeskanzler Kurz das Ende der Koalition. Am 28. Mai 2019 entließ Bundespräsident Alexander Van der Bellen die Bundesregierung, nachdem am Tag zuvor erstmals in der österreichischen Geschichte der Nationalrat der Regierung das Misstrauen ausgesprochen hatte. Die von Bundeskanzler Kurz zuvor für die Periode bis zur geplanten Neuwahl im September 2019 vorgestellte Übergangsregierung konnte SPÖ und FPÖ nicht überzeugen. Die schließlich gebildete Übergangsregierung besteht aus parteinahen und unabhängigen ExpertInnen.

## Europapolitik

Am 1. Juli 2018 übernahm Österreich unter dem Motto „Ein Europa, das schützt“ zum dritten Mal die EU-Ratspräsidentschaft. Die Regierungskoalition sorgte für gewisse Befürchtungen, aufgrund der veränderten politischen Konstellation in vielen europäischen Ländern wurde sie jedoch – anders als noch bei der ersten Koalition aus ÖVP und FPÖ im Jahr 2000 – eher als Ausdruck eines breiteren Trends in Europa bewertet. Thematisch wurde die Präsidentschaft neben einem durchgängigen Bekenntnis zu einer Verstärkung des Subsidiaritätsprinzips durch drei Schwerpunktbereiche definiert: Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration, Sicherung des Wohlstands und Wettbewerbsfähigkeit Europas durch Digitalisierung sowie Stabilität in der Nachbarschaft durch die Heranführung des Westbalkans beziehungsweise Südosteuropas an die Europäische Union.<sup>11</sup>

Trotz großer Ziele und des Versprechens als „Brückenbauer“ Spaltungen in Europa zu überwinden, fällt die Bilanz der Präsidentschaft insgesamt durchwachsen aus. Während Österreich sich weitestgehend als exzellenter Gastgeber und Organisator präsentieren

8 Steffen Arora et al.: Die Verflechtung der Freiheitlichen mit Identitären ist enger als bisher bekannt, in: Der Standard, 3.4.2019.

9 Nina Weissensteiner: „Bevölkerungsaustausch“: Warum Strache ungebremst weitermacht, in: Der Standard, 3.5.2019.

10 Der Standard: FPÖ Braunau dichtet über Ratten „mit Kanalisationshintergrund“, 22.4.2019.

11 „Ein Europa, das schützt“ – Schwerpunkte des Österreichischen EU-Ratsvorsitzes, abrufbar unter: <https://www.eu2018.at/de/agenda-priorities/priorities.html> (letzter Zugriff: 18.7.2019); vgl. hierzu auch den Beitrag „Rat der Europäischen Union“ in diesem Jahrbuch.

konnte, blieben die großen inhaltlichen Durchbrüche aus. Die Einführung einer europäischen Digitalsteuer, von Kanzler Kurz schon während des Wahlkampfs 2017 zu einem wichtigen Anliegen erklärt, scheiterte am Widerstand mehrerer Mitgliedstaaten, bei der Heranführung der Westbalkanstaaten konnte trotz der Besuche von Kanzler Kurz nur wenig erreicht werden, und das Thema Subsidiarität spielte trotz einer im Dezember 2018 in Bregenz organisierten Konferenz kaum eine Rolle.<sup>12</sup> Geprägt war die Präsidentschaft vor allem vom Thema Asyl- und Migration. Österreich kam hier schon im Vorfeld eine Meinungsführerschaft im Sinne einer restriktiveren Politikgestaltung zu, die während der Ratspräsidentschaft mit mehreren Initiativen, etwa zum Schutz der Außengrenzen und der Verstärkung der Europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex), weiterverfolgt wurde. Allerdings konnte Österreich auch hier keinen Durchbruch erzielen, die von Innenminister Kickl versprochene „kopernikanische Wende“<sup>13</sup> blieb aus. Heftige Kritik entzündete sich an einem, später zurückgezogenen, internen Arbeitspapier der Präsidentschaft zur Migrations- und Asylpolitik, in dem die Regierung mit der Forderung, dass „kein Asylantrag mehr auf europäischem Boden gestellt werden“ solle, eine Verlagerung des Asylantragsverfahrens außerhalb der EU-Grenzen vorgeschlagen hatte. Noch kritischer gesehen wurde der in die Präsidentschaft fallende Ausstieg Österreichs aus dem UN-Migrationspakt.<sup>14</sup>

Auf der Sachebene konnte Österreich wichtige Entscheidungen voranbringen, etwa die Reduktion des Kohlenstoffdioxidausstoßes von Neuwagen um 37,5 Prozent bis 2030 oder das Verbot von Wegwerfartikeln aus Plastik ab 2021. Auch der umstrittene EU-Haushalt für 2019 konnte zügig verabschiedet werden. Obgleich die Verhandlungen zum kommenden mehrjährigen Finanzrahmen (2021 bis 2027) auf die folgende rumänische Präsidentschaft vertagt wurden, erhielt Österreich Anerkennung für die Vorlage einer „Verhandlungsbox“, mit der die Verhandlungen zumindest ein Stück vorangebracht werden konnten.

## Fazit

Die politischen Verwerfungen aufgrund des Endes der Koalitionsregierung werden die Republik bis zur Nationalratswahl im September 2019 und darüber hinaus in Atem halten. Dafür sorgt einerseits der Erfolg von Ex-Vizekanzler Strache im Europawahlkampf, der ihm mit 44.750 Stimmen ein Direktmandat verschaffte. Aus einer Formalie, der Platzierung auf dem aussichtslosen Listenplatz 42, wurde somit ein Politikum. Am 17. Juni 2019 entschied Strache, das Mandat nicht anzunehmen. Auch daraus lässt sich der verantwortungslose Umgang der FPÖ mit dem Wohl der Republik und ein mangelndes Unrechtsbewusstsein des ehemaligen Vizekanzlers ablesen. Andererseits hat bereits die erste Pressekonferenz des neuen Führungsduos Norbert Hofer und Herbert Kickl klar gemacht, dass ein scharfer Wahlkampf erwartet werden kann. Hierbei wird vor allem der Umgang der ÖVP mit dem ehemaligen Koalitionspartner und vice versa den Ton bestimmen.

## Weiterführende Literatur

Gerichtshof der Europäischen Union: Die deutsche Vignette für die Benutzung von Bundesfernstraßen durch Personenkraftwagen verstößt gegen das Unionsrecht, Urteil in der Rechtssache C-591/17 Österreich/Deutschland, Pressemitteilung vom 18. Juni 2019.

---

12 Die Presse: Österreichs EU-Vorsitz: „Sternstunde“ oder „Spalter“, 24.12.2018.

13 FPÖ: „Kopernikanische Wende“ in der Asylpolitik, 24.6.2018, abrufbar unter: <https://www.fpoe.at/artikel/kopernikanische-wende-in-der-asylpolitik/> (letzter Zugriff: 18.7.2019).

14 Wolfgang Böhm: Österreichs EU-Vorsitz: Sechs Monate voll Glanz, aber mit bescheidener Bilanz, in: Die Presse, 22.12.2018.